



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie -

## Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 15. März 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-21-0004

### Berichts Antrag Unterhaltsvorschuss

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 8.3.2017

-

Ab dem 01. Juli 2017 tritt die Neuregelung zum Unterhaltsausfall- und Vorschussgesetzes in Kraft. Die Neuregelung soll Alleinerziehende stärken. Im Rahmen der Überarbeitung wird die Altersgrenze der zuschussberechtigten Kinder von 12 auf 18 Jahre angehoben, die Bezugsdauer von maximal 6 Jahren aufgehoben und die Finanzierung zwischen Bund und Ländern neu geregelt.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

1. Der Magistrat wird gebeten, die Neuregelung des Unterhaltsvorschusses zu bewerten, auch in Bezug auf einen möglichen Mehraufwand der Verwaltung und anfallender Kosten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss des Deutschen Städtetages vom 01.12.2016, die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen sowohl bei den Leistungsausgaben als auch bei den Verwaltungsausgaben für das Unterhaltsvorschussgesetz vollständig auszugleichen.

---

### Beschluss Nr. 0031

1. Der Magistrat wird gebeten, die Neuregelung des Unterhaltsvorschusses zu bewerten, auch in Bezug auf einen möglichen Mehraufwand der Verwaltung und anfallender Kosten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss des Deutschen Städtetages vom 01.12.2016, die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen sowohl bei den Leistungsausgaben als auch bei den Verwaltungsausgaben für das Unterhaltsvorschussgesetz vollständig auszugleichen.

## Tagesordnung II zu Ziffer 2

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung  
zu Ziffer 1

Wiesbaden, .03.2017

Rutten  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .03.2017

Dezernat II  
mit der Bitte um weitere Veranlassung  
zu Ziffer 1

Gerich  
Oberbürgermeister